

Kurzfassung

Ordnungspolitische Rahmenbedingungen
für eine zukunftsorientierte Mittelstandspolitik
– Das Beispiel der grünen Transformation

Michael Holz, André Pahnke und Hans-Jürgen Wolter

Kurzfassung

Mittelstandspolitik als verlässliche rahmenorientierte Politik

Die Ordnungspolitik gilt als zentrales Leitbild der „Sozialen Marktwirtschaft“ und soll Marktwirtschaft mit sozialem Ausgleich und sozialer Teilhabe in Einklang bringen. Die Mittelstandspolitik sollte dem Mittelstand Planungssicherheit ermöglichen, damit er sich auf das unternehmerische Kerngeschäft konzentrieren kann. Das schließt nicht aus, dass in Umbruchsituationen der Rahmen angepasst werden muss. Einen solchen Umbruch stellt aktuell die grüne Transformation dar.

Auf Ge- und Verbote und Informationspflichten weitgehend verzichten

Die in Deutschland und der EU immer noch weit verbreitete Umweltpolitik mittels Ge- und Verboten ist ineffizient und ökologisch wenig treffsicher. Ähnliches gilt für Informationspflichten (Nachhaltigkeitsberichterstattung, Kennzeichnungspflichten). Beide Ansätze belasten den Mittelstand in besonderem Maße, da sie mit erheblicher zusätzlicher Bürokratie einhergehen und durch die strikten Vorgaben flexible, an die Besonderheiten eines Unternehmens angepasste Lösungen verhindern.

Mittelstand verfügt bei Umsetzung der grünen Transformation über Stärken und Schwächen

Eigenschaften wie z. B. hohe Flexibilität, schnelle Entscheidungsprozesse oder Langfristorientierung begünstigen die Transformationsanstrengungen mittelständischer Unternehmen. Die gesellschaftliche Verantwortung, die viele Mittelständler gegenüber ihrer Region, ihren Beschäftigten und den Marktpartnern empfinden, stehen kostenbedingten Standortverlagerungen – die für nicht-mittelständische Unternehmen zunehmend relevant werden – entgegen. Auf der anderen Seite geht mit der tendenziell geringeren Unternehmensgröße mittelständischer Unternehmen eine Ressourcenknappheit einher. Insbesondere dem kleineren Mittelstand fehlt es daher oft an zeitlichen und finanziellen Mitteln, um zusätzlich zum Tagesgeschäft und betriebswirtschaftlich erforderlichen (Ersatz-) Investitionen noch solche für die grüne Transformation tätigen zu können.

Großräumiger Zertifikatehandel ist anzustreben

Die Politik sollte bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für die grüne Transformation weitestgehend auf den Zertifikatehandel vertrauen. Dieser bedarf ergänzender Maßnahmen, um internationale Wettbewerbsnachteile für die mittelständischen Unternehmen zu vermeiden. Der von der EU bevorzugte Grenzausgleich ist übermäßig kompliziert und bürokratisch und daher aus Mittelstandsperspektive abzulehnen. Für den Mittelstand wäre eine kostenlose Ausgabe der Zertifikate die beste Lösung, da er wenig zusätzliche Bürokratie schafft und bei vergleichbarer ökologischer Wirksamkeit die Unternehmen im Durchschnitt finanziell deutlich weniger belastet als eine Versteigerung.

Übergangsphase mittelstandsfreundlich gestalten

Die Übergangsphase hin zu einer treibhausgasneutralen Ökonomie sollte gestreckt werden. Hierdurch könnten die mittelständischen Unternehmen die für die grüne Transformation erforderlichen Investitionen besser mit sonstigen (Ersatz-) Investitionen in Einklang bringen. Die Kosten für die im Zuge der Umstellung der Energiegewinnung aus regenerativen Quellen benötigten Back-Up-Kraftwerke für Dunkelflauten oder die aufwendige Netzinfrastuktur sollten öffentlich finanziert und nicht auf mittelständische Unternehmen umgelegt werden. Ein „Industriestrompreis“ für eine eng eingegrenzte Gruppe von Unternehmen ist mit den bekannten Problemen verbunden, wie z. B. die Abgrenzung der begünstigten Unternehmen, und daher abzulehnen. Gefördert werden sollte die Erforschung der für die grüne Transformation erforderlichen neuen Technologien.